Universitätsstadt
Siegen

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

vom:	**08.03.2022**
von:	**17:03 Uhr**
bis:	**19:30 Uhr**
Ort:	**Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

Stv Kraft, Florian	- als Vorsitzender
Stv Bell, Achim	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
AM Dörner-Lipinski, Monika	vertritt Heupel, Michael
AM Flohren, Angelika	
AM Hörnberger, Kevin-Lee	
AM Katz, Reinhilde	vertritt Langemeyer, Susanne
Stv Köckritz, Anja Alexandra	
AM Nüßing, Elisabeth	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	
AM Schloos, Ulrich	
Stv Stahl, Peter H.	
Stv Thimm, Heiko	
AM Weber, Frank	
Stv Wittenburg, Samuel	

Beratende Mitglieder:

Dr. Berg, Reiner
AM Engelbert, Holger
AM Göckus, Ernst
AM Henrichs, Christoph

AM Jüngst, Werner	
AM Katz, Heike	vertritt N. N. (Beirat der Menschen mit Behinderung)
IntRM Lübke, Lada	
AM Lütz, Alexandra	
AM Schneider, Martina	
AM Schönfelder, Dagmar	vertritt Becker, Monika
AM Teichmann, Nina	vertritt Dr. Jänicke, Karin

Aufgrund besonderer Einladung

Herr Ising	Vertretung der Hammerhütter Schule - zu TOP 7 bis 19.41 Uhr
Frau Dietrich	Vertretung der Hammerhütter Schule - zu TOP 7 bis 19.41 Uhr

Als Vertretung der Schulaufsicht des Kreises Siegen-Wittgenstein

AM Richter, Lisa

Als Zuhörer:

AM Berghäuser, Sven	- bis 19.32 Uhr (TOP 6)
AM Dr. Glaß	
AM Hellwig, Raimund	
Stv Schwarz, Sibylle	
AM Steinebach, Joachim	- bis 19.32 Uhr (TOP 6)

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt	
VA Uhr	
VA Dancker	
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Becker, Monika	vertreten durch AM Schönfelder, Dagmar
AM Heupel, Michael	vertreten durch AM Dörner-Lipinski, Monika
AM Dr. Jänicke, Karin	vertreten durch AM Teichmann, Nina
AM Langemeyer, Susanne	vertreten durch AM Katz, Reinhilde
N. N. (Beirat der Menschen mit Behinderung)	vertreten durch AM Katz, Heike
Stv Zöller, Klaus	

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Kraft auf die aktuell geltenden Hygienemaßnahmen hin.

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 30.11.2021

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

9. AfSuB 08.03.2022

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.01.2022

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

9. AfSuB 08.03.2022

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

Herr Wittenburg spricht aus aktuellem Anlass die Aufnahme und Eingliederung ukrainischer Kinder in das Schulsystem der Universitätsstadt an und bittet die Fragen, inwieweit Siegen betroffen und wie die Aufnahme und Integration vorgesehen sei, in der Niederschrift zu beantworten.

Herr Kraft weist darauf hin, diese Thematik werde unter dem TOP Verschiedenes angesprochen.

9. AfSuB 08.03.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Kind- und jugendgerechte sowie klimarelevante Maßnahmen auf Schulhöfen entwickeln und umsetzen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Vorlage Nr. AT 178/2022

Zunächst erläutert Frau Nüßing den Antrag zur Entwicklung von Schulhöfen.

Inhaltlich werde die Zielsetzung des Antrags seitens der Verwaltung absolut geteilt. Leider sei es noch nicht gelungen, der Politik deutlich zu machen, dass bereits so verfahren werde, wie der Antrag es zum Inhalt habe. Gehe man einen Schulhof an, benötige man aufgrund der

personellen und finanziellen Kapazitäten ca. ein Jahr für die Planung und ein weiteres für die Umsetzung. Die Prioritätenliste werde derzeit anhand der genannten Kriterien von den Fachverwaltungen erstellt. Er schlage vor, dem Ausschuss im Rahmen einer Verwaltungsvorlage vorzulegen, welche Schulhöfe auf der Prioritätenliste ständen sowie ein gelungenes Beispiel darzustellen, so Herr Dezernent Schmidt.

Herr Hörnberger spricht die Schulbaurichtlinie an. Grundsätzlich folge die FDP- Fraktion dem Antrag. Es gehe aber nicht, dass alle Mittel in Fassaden- und Außengestaltung gesteckt würden. In beiden Fachausschüssen werde man darauf achten, dass die Schulen deshalb keine Ausstattung im Inneren der Schule einschränken müssten nach dem Motto „Außen hui, innen pfui“.

Seitens der SPD- Fraktion werde der Antrag unterstützt, so Herr Pfeifer.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Schulgemeinschaften, Schulhöfe kind- und jugendgerecht zu gestalten und dabei klimarelevante Maßnahmen bei der Gestaltung zu berücksichtigen. Dabei gilt es, folgende Prozesse mit einzubeziehen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein allgemeines Konzept für die Schulhofgestaltung mit klimarelevanten Kriterien zu entwerfen, das auch bei der im Haushaltsplan festgelegten jährlichen Neugestaltung eines Schulhofes zum Tragen kommt. Bei der Umsetzung des Konzeptes an den einzelnen Standorten sind bedarfsgerechte Gestaltungsvorschläge der jeweiligen Schulgemeinschaft zu berücksichtigen.

2. Zudem wird die Stadtverwaltung beauftragt, eine Prioritätenliste für eine mögliche zeitliche Umsetzung zu erstellen, die u.a. die soziale Struktur des Stadtteils und den vorherrschenden Zustand des Schulhofs berücksichtigt. Diese ist den Fachausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die benötigten finanziellen Mittel sollen vor den Beratungen über den Haushalt 2023 im Umwelt- wie auch im Schulausschuss festgelegt werden. In diesem Zusammenhang soll die Beantragung möglicher Fördergelder von Bund und Land als auch die Einwerbung von Sponsoren geprüft werden.

Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung(en)

9. AfSuB 08.03.2022

4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen
- mündlicher Bericht

⇒ *Der Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen wurde den Ausschussmitgliedern bereits vorab zur Verfügung gestellt. Die Präsentation ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt. Im*

elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt zu sehen.

Der Rat habe 100.000 Euro für die Beschaffung von Luftfiltern für die Klassenräume in den Haushalt eingesetzt. Auf die Frage von Herrn Wittenburg, wann mit der Umsetzung der Beschaffung zu rechnen sei, führt Herr Dezernent Schmidt aus, derzeit liege noch kein beschlossener und genehmigter Haushalt vor. Liege dieser vor, erfolge zunächst das übliche Ausschreibungsverfahren, bevor eine Umsetzung erfolgen könne.

Herr Schloos erbittet einen Überblick über die Auswirkungen der Corona- Pandemie und den Stand der Aufholprogramme in Zusammenhang mit Lerndefiziten.

Der Präsenzunterricht laufe seit einiger Zeit. Die Aufholprogramme, worüber in der letzten Sitzung berichtet worden sei, seien angelaufen. Bei den Bildungsgutscheinen seien wenige Anbieter gelistet. Was diese Programme angehe, sei der Stand noch der vor sechs Wochen, so Herr Dezernent Schmidt.

Die Frage von Frau Pflogsch, ob die Umstellung in den Grundschulen , dass keine Pool-Testungen mehr durchgeführt werden, funktioniert habe oder ob es Schwierigkeiten gebe, verweist Frau Uhr auf Folie 6 der Präsentation und informiert, dass in den Siegener Schulen keine Pooltests mehr stattfinden.

Zur Frage von Herr Henrichs nach welchen Qualitätsmerkmalen Anbieter für Bildungsgutscheine ausgewählt worden seien, führt Herr Dezernent Schmidt aus, die müssten sich beim Land registriert haben.

In Köln würden Schulen und Schüler und Schülerinnen, insbesondere diejenigen, bei denen die Beschaffung der Masken kostenintensiv sei, mit Masken ausgestattet, so Herr Wittenburg. Zu seiner Frage, ob dies auch in Siegen möglich sei oder darüber nachgedacht werde, führt Herr Dezernent Schmidt aus, in der Vergangenheit sei dies erfolgt. Aus verschiedenen Kontingenten seien diese an Schulen, Unterkünfte oder Sozialbetreuer verteilt worden. Bestehe Bedarf, werde dies geregelt.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis.*

9. AfSuB 08.03.2022

5. Bericht zur Schulentwicklungsplanung der weiterführenden Schulen Prüfauftrag zur Errichtung einer vierten Gesamtschule - mündlicher Bericht

Herr Kraft informiert, an ihn sei verschiedentlich die Frage gerichtet worden, ob zu dieser Thematik auch aus dem Auditorium Fragen gestellt werden könnten. Obwohl der Wunsch nachvollziehbar sei, weise er formal darauf hin, dass dies nicht möglich sei, da dies die Geschäftsordnung nicht hergebe. Fragen könnten nur über die Mitglieder des Ausschusses an

das Gremium gerichtet werden. Dem Ausschuss gehörten jedoch Sprecher und Sprecherinnen der Schulformen an, so dass über diese Fragen vorgebracht werden könnten. Im Namen aller biete er an, für Gespräche zur Verfügung zu stehen, um in einen Austausch zu kommen.

Zum Inhaltlichen führt Herr Dezernent Schmidt aus, das große Auditorium zeige, dass der Prüfauftrag, die Diskussion darum und die Entscheidung, eine der gravierendsten der Legislaturperiode sei, da es – unabhängig von der Entscheidung - zu erheblichen Veränderungen in der Schullandschaft der Universitätsstadt Siegen kommen werde. Es werde über den Stand der Prüfergebnisse und der Einschätzungen berichtet. Damit beginne auch die öffentliche Diskussion.
Es sei nicht Aufgabe der Schulverwaltung Schulformen oder Schulkonzepte zu bewerten. Der Schulträger müsse schulorganisatorisch schauen, wie man eine bestmögliche Beschulung erreichen könne. Man müsse natürlich auf Problemlagen hinweisen, die mit der einen oder anderen Entscheidung einhergehen.

Sollte der Vortrag etwas tendenziös sein, so habe dies nichts mit einer bestimmten Schulform zu tun, sondern weil man in der Bewertung zu Ergebnis kommen, dass aus Sicht des Schulträgers schulorganisatorisch ein bestimmter Weg sinnvoll oder effektiver sei. Da es sich um einen offenen Prozess handele, werde hier berichtet und keine Beschlussvorlage vorgelegt. Originäre Schulträgeraufgabe sei auch die Betrachtung von Standorten und Gebäuden. Dies könne man nicht immer losgelöst sehen, möglicherweise ergebe es Ergebnisse und Schlüsse, die auf andere Fragestellungen Auswirkungen hätten.

Anhand einer ausführlichen Präsentation geht er auf die aktuelle Situation und den möglichen Zeitplan ein und erläutert die Ergebnisse des Prüfauftrages. Im Rahmen seiner Ausführungen macht er deutlich, dass der Schulträger nicht daran zweifle, dass in der derzeitigen Situation in allen Schulen eine gute Arbeit geleistet werde. Die Aufgabe des Schulausschusses und der Schulverwaltung könne aber nicht sein, darauf aufzubauen, dass man engagierte Kollegen und Kolleginnen in den Schulen habe, sondern man müsse sich schulorganisatorisch so aufstellen, dass es strukturell funktioniere und man dem Bildungsauftrag nachkomme. Neben dem Zustand der Schulen bestehe auch das Problem des Schulraummangels, resultierend aus einer ungleichen Auslastung der Systeme. Auch hier müsste man durch die anstehenden Entscheidungen dafür sorgen, dass Schule von den Räumlichkeiten her funktionieren könne.

Im Zusammenhang der Aufnahme ukrainischer Schüler und Schülerinnen geht Herr Dezernent Schmidt auf die Frage von Herrn Wittenburg ein und weist darauf hin, platzmäßig seien die Schulen voll. Hier müsse man nach einer außerordentlichen Lösung suchen. Da die Geschäftsordnung es nicht vorsehe, einen eigenen Tagesordnungspunkt dazu ergänzend in die öffentliche Tagesordnung aufzunehmen, werde er im nichtöffentlichen Teil darauf eingehen.

⇒ *Der Bericht zur Schulentwicklungsplanung der weiterführenden Schulen über den Prüfauftrag zur Errichtung einer vierten Gesamtschule ist der Druckversion der Niederschrift als Anlage beigefügt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

Frau Pflogsch kritisiert für die Oppositionsparteien das Vorgehen der Verwaltung. Es könne nicht sein, dass diese aus der Presse erfahren, was in dieser Sitzung vorgestellt werden solle und die Fraktionen der SPD und CDU im Rahmen einer Klausurtagung informiert worden seien. Da kein Austausch der Fraktionen im Vorfeld der Sitzung möglich gewesen sei, habe man sich entschlossen, zum jetzigen Zeitpunkt keine Positionierung vorzunehmen. Die Fraktionen GfS, Volt, FDP, UWG, Grüne und Linke kritisierten massiv, dass man von den Informationen ausgeschlossen worden sei und würden in dieser Sitzung nur offene Fragen klären.

Auch ihn habe der Presseartikel überrascht, wovon man zwar im Groben, aber nicht im Detail informiert gewesen sei, so Herr Pfeifer. Die diesbezüglichen Anmerkungen seien ihm verständlich.
Inhaltlich begrüße die SPD- Fraktion das Ergebnis. Die Schulpolitik bewege sich in vielen Bundesländern in Richtung eines Zweisäulen- Modells und entspreche dem Wunsch der Eltern. Die derzeit vorhandenen vier Säulen brächten Unsicherheiten, da sie sehr komplex seien und zu Verwerfungen führten. Die Verringerung der Säulen auf zwei bedeute auch systemisch eine Verringerung der Komplexität und führe zu besseren Ergebnissen und zu einer besseren Steuerung des Prozesses Schule. Für ihn sei verständlich, dass die Schulverwaltung in diese Richtung argumentiere. Die kommunale Schulpolitik und Schulentwicklung müsse dem gerecht werden und so handeln, dass das System steuerbar und für die Eltern transparent sei.

Zur an ihn gerichteten Kritik der Oppositionsfraktionen führt Herr Dezernent Schmidt aus, dass er die Angelegenheit anders sehe. Der Verwaltungsvorstand komme Einladungen der Fraktionen nach, wenn sie zu bestimmten Themen eingeladen würden. Im Rahmen der Klausurtagung habe er zu dem damaligen Stand, der nicht der sei, der in der Zeitung genannt worden sei, berichtet. Man befinde sich in einem laufenden Prozess, so dass er über den aktuellen Stand berichte. Auch er sei verärgert, wenn in einem nichtöffentlichen Gremien, wie z. B. einem Arbeitskreis, Dienst- oder Schulleiterbesprechung vereinbart wird, weiter zu besprechen und dann doch vorab Einzelheiten nach draußen transportiert würden. Spreche man ihn daraufhin konkret an, beziehe er Stellung. Er sei von dem Konsens ausgegangen, dass der Auftakt dieser wichtigen öffentlichen Beratung im Ausschuss für Schule und Bildung beginne, Detailfragen aber auch noch im Arbeitskreis besprochen werden könnten.

Sollte keine Beratung im Ausschuss erfolgen, bitte er jedoch darum sich zu verständigen, wie es weitergehen solle, da dies die gesamte Schulverwaltung binde und damit die Verwaltung nicht in die falsche Richtung arbeite, so Herr Dezernent Schmidt.

Jede Fraktion habe Beratungsbedarf, so Herr Kraft. Andererseits verstehe er auch die Verwaltung, eine Linie wissen zu wollen. Vielleicht könne zeitnah vorab ein Arbeitskreis vermitteln. Er halte es für sinnvoll, in dieser Sitzung technische Fragen anzusprechen und zu beantworten, damit die Fraktionen eine gute Beratungsgrundlage haben.

Herr Engelbert trägt vor, es gehe nicht um die Bewertung der Qualität an den Schulen und man habe immer wahrgenommen, dass in den Schulen gute Arbeit geleistet worden sei. Wolle man zu einem zweigliedrigen Schulsystem übergehen, bedeute dies, dass die gut laufenden Realschulen Am Oberen Schloss und An der Morgenröthe sowie die Hauptschule Achenbach geschlossen oder auslaufen werden sollen. Mit dieser Maßnahme wolle man die

zur Errichtung einer neuen Gesamtschule erforderlichen 100 Schüler erhalten, bestehende Standort- und Raumprobleme lösen und kostengünstige Lösungen erreichen. Vor dem Hintergrund, dass man gute Arbeit leiste, sei es nicht einzusehen dies in Kauf zu nehmen. Im Siegener Süden sei vor ca. 8 Jahren ein Schulzentrum begonnen worden, das über alle Schulformen verfügt, so dass die Eltern alle Möglichkeiten hätten, die geeignete Schulform zu finden.

Die Anzahl der an den Gesamtschulen abgewiesen Kinder mache keine neue Gesamtschule aus, die größere Anzahl wollte direkt an Haupt- oder Realschulen angemeldet werden. Bei der Realschule Am Oberen Schloss handele es sich um eine Talentschule mit einem überzeugenden Konzept. Die Bedeutung der Konzepte habe man in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung übernommen. Das Projekt sei sehr befürwortet worden und mit der Schließung der Realschule Am Oberen Schloss wäre dieses gescheitert. Für die Realschule Auf der Morgenröthe und deren Arbeit verweist er auf die vor kurzem erhaltene höchste Fördersumme der IHK in Sachen MINT.

Lt. der IHK stützten die Haupt- und Realschulen die Industrie und diese mache mit den Schulen gute Erfahrungen. Die Schulen leisten hervorragende Arbeit in Sachen gemeinsamen Lernens und Inklusion, was künftig durch die beiden verbleibenden Schulformen abgedeckt werden müsste. Zu bedenken sei auch, dass es im zweigliedrigen System bei den Gymnasien keine „Abschulungen“ mehr gebe, es sei denn, die Gesamtschulen müssten diese Plätze vorhalten. Gesetzlich dürften Schüler an einer Schule nicht zweimal einen Jahrgang wiederholen. Gymnasiasten könnten somit nicht mehr an Realschulen aufgenommen werden, da es diese nicht mehr gebe. Das gleiche gelte für Schüler von Realschulen.

Schwerwiegendes Szenario sei, bleibe es für die Gesamtschulen bei einem vorgezogenen Aufnahmeverfahren, könnten sich die Gesamtschulen die Schüler auswählen, aber im Nachgang müssten die Gymnasien alle Schüler aufnehmen, die an den Gesamtschulen keinen Platz gefunden hätten. Ein weiteres Problem sei auch die Wiedereinführung einer neuen Oberstufe, was ein erneutes Problem aufwerfe.. Wichtig sei, dass auch die Schulverwaltung den Elternwillen der Realschul- und Hauptschuleltern im Blick behalte.

Die Schulleiter der drei betroffenen Schulen wünschten sich zeitnah ein Gespräch mit dem Bürgermeister und dem Schuldezernenten, so Herr Engelbert.

Als ein bereits von Schulschließung Betroffener seien ihm die Folgen bekannt. Wichtig sei es, sich Zeit zu nehmen und inhaltliche Argumente auszutauschen. Natürlich müsste der Schulträger auf Zahlen, Schulgebäude und Ausstattung schauen, aber man dürfe nicht die didaktische Arbeit außen vor lassen, damit nicht später das Lernen durch Beziehungen nicht mehr funktioniere, so Herr Henrichs.

Durch die im Vorfeld dieses Tagesordnungspunktes erschienenen Zeitungsmeldungen würden Gedanken losgetreten und Fakten geschaffen. Die Angabe der Zahl von 100 Schülern im Artikel halte er für eine Täuschung des Lesers, da es lediglich um 58 Schüler gehe. Die Hauptschule Achenbach leiste eine gute Arbeit. Die Arbeit mache Spaß, die Lehrerschaft habe sich bewusst für die Schulform Hauptschule entschieden und stelle sich den Hausforderungen, aber belastet sei man dadurch nicht.

In der Hauptschule Achenbach erlebe man seit Jahren eine ständige, über das gesamte Jahr andauernde Nachmeldung von Schülern. Derzeit habe die Hauptschule 281 Schüler, von denen 37 im Gemeinsamen Lernen seien und 59 DaZ- Schüler, die in der deutschen Sprache geschult würden. Personell sei die Schule gut aufgestellt. Der Personalschlüssel bei Gesamtschulen, die eine Klassenstärke von bis zu 30 Kindern hätten, sei deutlich geringer. Bei der Hauptschule liege der Mittelwert der Klassenstärke bei 24, die Bandbreite betrage 18 bis 30, bei integrierten Klassen betrage der Höchstwert 25 und die Bandbreite 12 bis 25, so dass man immer bereit sei, im Laufe des Jahres Quereinsteiger aufgrund von Zuzügen von Flüchtlingen, entsprechenden Zuweisungen über das Kommunale Integrationszentrum, Umzügen im laufenden Schuljahr, Ummeldungen zum Schulhalbjahr wegen Herunterstufung von Schülern aufzunehmen. Die in der Vorlage VL 664/2021 genannten Zahlen zur Achenbacher Schule bezögen sich naturgemäß auf den Schuljahresbeginn und seien zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr aktuell. Bezüglich der Neuanmeldungen sei davon auszugehen, dass sich die Zahl noch bis Juli verändere.

Die Achenbacher Hauptschule, als letzte verbliebene Hauptschule der Universitätsstadt, leiste einen wichtigen Bildungs- und Erziehungsauftrag für schwächere Schülerinnen und Schüler. Der Erhalt der Schule sei wichtig. Für das Schulwahlverhalten der Eltern irritierend und kontraproduktiv sei es, die Existenz der Hauptschule in Frage zu stellen. Personell und sachlich sei die Schule gut ausgestattet. In den letzten Jahren – auch gerade in der Coronazeit – habe sich die Schule gut entwickelt und in vielen Bereichen neu aufgestellt. Die IT- Ausstattung sei auf der Höhe der Zeit und sowohl Schüler als auch Lehrer könnten digital arbeiten. Im Zentrum der Arbeit stehe eine wertschätzende und integrative Zusammenarbeit zwischen Schülern, Eltern, Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal. Die verschiedenen Facetten des Schullebens seien auf die individuelle Förderung der einzelnen Schüler ausgelegt. Dadurch gebe es sechs verschiedene Niveaus an der Schule.

Die Arbeit in einem kleinen System ermögliche einen persönlichen Bezug zu den Schülern. Das motivierte Team wisse um den wichtigen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Wer in der Schule aufgefangen und in die richtigen Bahnen gelenkt werde, belaste in der Zukunft die Kommune weniger. Auch die Begleitung der Berufswahl könne in einem kleinen System geleistet werden.

Es sei wichtig, dass sich die Stadt vielfältig aufstelle und nicht über eine vierte Gesamtschule nachdenke, so Herr Henrichs. Er appelliert an die Ratsmitglieder und die Fraktionen, dies zu berücksichtigen und lädt dazu ein, sich von der Arbeit der Schule zu überzeugen.

Herr Hörnberger kritisiert, dass die im Ausschuss vorgestellte Präsentation offensichtlich nicht die gleiche sei, die den Schulleitern im Rahmen ihrer Dienstbesprechung vorgestellt worden sei.
Zur Präsentation möchte er wissen, wer das Schulkonzept der neuen Gesamtschule erarbeite, wann dies erfolge und ob eine Elternbefragung vorgesehen sei bzw. wann diese durchgeführt werden solle. Aufgrund des bestehenden Beschlusses, keine externe Schüler aus Kommunen mit eigenem Gymnasium mehr aufzunehmen, irritiere ihn in der Statistik die Angabe der Schüler und Schülerinnen aus Kreuztal, Netphen und aus dem Kreis Altenkirchen. Nicht bekannt sei, welche Schulen geschlossen werden sollen und die Berechnung der Schüler-

ströme. Aufgrund unvollständiger Daten könne er sich kein Bild über den aktuellen Stand der Schulentwicklungsplanung machen.

Bei anderen Tagesordnungspunkten sei die Präsentation vorab veröffentlicht worden, dies gelte offensichtlich nicht für alle Punkte, die mündlich berichtet würden. Da einige Fraktionen bereits vorab informiert gewesen seien, sei die Aussage von Herrn Wittenburg im Rat nicht so abwegig, so dass es für die Politik an der Zeit sei, das Heft wieder in die Hand zu nehmen. Die Verwaltung werde durch die Politik gesteuert und verwalte sich nicht selbst.

Eine Vorabveröffentlichung von Präsentationen erfolge nicht grundsätzlich, sondern sei eine pandemiebedingte Absprache gewesen, um Sitzungen möglichst kurz zu halten, so Herr Dezernent Schmidt.

Die von Herrn Hörnberger aufgeworfene Frage zur Elternbefragung beantwortet er dahingehend, dass, da das Elternbedürfnis ausreichend dargelegt sei, der Schulträger keine Elternbefragung durchführen müsse. Dies sei mit der Schulaufsicht in Arnsberg besprochen.

Zur heutigen Sitzung könnten keine vollständigen Anmeldezahlen vorgelegt werden. Ständen endgültige Zahlen fest, erfolge die Vorlage einer Verwaltungsvorlage. Die genannten Zahlen sollten lediglich der Information dienen. Sei keine Vorabinformation gewünscht, berichte die Verwaltung über die endgültigen Zahlen im Rahmen der Vorlage.

Zum Schulkonzept führt Herr Dezernent Schmidt aus, es werde eine Konzeptgruppe eingerichtet, an der Schulaufsicht und Schulträger, Universität und Kollegen und Kolleginnen der Schulen beteiligt würden.

Der Ausschuss für Schule und Bildung sei das entscheidende Gremium. Er schließe sich den Ausführungen von Frau Pflogsch an. Die Diskussion habe nicht in diesem Ausschuss begonnen, sondern vergangenen Donnerstag. Aus diesem Grund werde keine Diskussion geführt, sondern lediglich Fragen gestellt, so Herr Wittenburg.
Es gebe einen abgeschlossenen Prüfauftrag mit einer These. Der Ausschuss müsse entscheiden, ob eine vierte Gesamtschule mit den dargestellten Auswirkungen die beste Lösung für die Siegener Schullandschaft sei. Er frage, ob durch die Zusammenlegung ein weiteres Gymnasium zusätzlich betroffen sei, wie man beabsichtige mit der Talentschule umzugehen und wie man sich den Prozess vorstelle, mit den Schulen und Schulformvertretern zu sprechen und die Eltern zu beteiligen.

Zu Herrn Wittenburg führt Herr Dezernent Schmidt aus, die öffentliche Diskussion beginne im Ausschuss für Schule und Bildung. Seitens der Schulaufsichten sei gewünscht gewesen, vor der öffentliche Diskussion im Ausschuss mit den Schulleitungen zu sprechen. Informationen aus dieser Besprechung hätten zum früheren Beginn der öffentlichen Diskussion geführt.

Im Diskussionsprozess müsse das Anmeldeverhalten gegenüber den Gymnasien sowie die Oberstufenkapazitäten und das dafür notwendige Potential, da mit einer vierten Gesamtschule eine weitere Oberstufe geschaffen werde, betrachtet werden. Das Schließen eines weiteren Gymnasiums obliege ebenfalls der Entscheidung der Politik, seitens der Verwaltung

sei diesbezügliches in der Präsentation nicht vorgetragen worden. Wie mit der Talentschule umgegangen werde, müsse im weiteren Prozess explizit benannt und mit dem Land geklärt werden.
Per Gesetz gehörten die Schulformvertreter dem Ausschuss für Schule und Bildung an, so dass die formale Beteiligung darüber erfolge. Darüber hinaus habe es aber Einladungen gegeben und ein Austausch stattgefunden. Beschlüsse der Schulkonferenzen müssten eingeholt und die Nachbarkommunen beteiligt werden.

Zur Frage von Herrn Hörnberger zu den auswärtigen Kindern an den Gymnasien führt Herr Dezernent Schmidt aus, dies sei abhängig von der Zügigkeit der Schule und sei noch ein laufender Prozess und die genannten Zahlen vorläufig.

Herr Kraft stellt fest, das Minimum bei den Zügigkeiten ohne die auswärtigen Schüler liege bei neun. Dies bedeute im Schnitt drei Züge pro Gymnasium.

Die Zügigkeit an den Gymnasien sei mit 29,5 Kindern pro Klasse berechnet, was 10 Züge ausmache, so Frau Nüßing. Mit den an der Schule vorhandenen Inklusionskindern sei dies knapp und sie wolle wissen, ob die Verwaltung dazu tendiere 11 Züge einzurichten, um die Klassengröße nicht anschwellen zu lassen.

Bei einer zweigliedrigen Lösung gebe es ein Überangebot an Oberstufen. Man müsse darüber nachdenken, mit anderen Oberstufen zu kooperieren oder auch dort Teilstandorte einzurichten. Die Entscheidung könne nicht von Anmeldezahlen nach der vierten Klasse abhängig gemacht werden, dies führe zu Konkurrenzsituationen zwischen den Gymnasien und Gesamtschulen bzw. zu Aufnahmen von Kindern in die Oberstufe, die eigentlich keine Gymnasiasten seien. Bevor man diskutiere, müsse man theoretisch bereits wissen, was geplant sei, wenn die Kinder die Klasse 10 besuchen. Ihrer Meinung nach könne man nicht über die vierte Gesamtschule entscheiden, ohne dies bereits geplant zu haben.

Die Frage, 10 oder 11 Züge werde besprochen, so Herr Dezernent Schmidt. Er bestätigt die Bewertung, was die Oberstufe angeht. Bereits jetzt gebe es eine Oberstufenproblematik, aber auch einen guten Weg im Rahmen von Kooperationen damit umzugehen, wie z. B. am PPR/GAL. Mit einer weiteren Oberstufe spitze es sich zu, was nicht aus dem Blick verloren werden dürfe.

Herr Schloos spricht die „abgeschulten“ Schülerinnen und Schüler an. Brüche in der Schullandschaft täten diesen nicht gut. Hier habe das bestehende System nicht gut funktioniert. Dass jede Schule erhalten bleiben wolle sei verständlich. Hilfreich wäre es, sich an Ergebnissen der Bildungsforschung zu orientieren, nach denen selektive Systeme weniger in der Lage seien, Talente sich entwickeln zu lassen als stärker integrierte. Dies sei systemisch begründet. Er wünsche sich gemeinsam mit den Schulen und der Verwaltung mehr ins Gespräch zu kommen, dass die in den Schulen gemachten Erfahrungen nicht auf der Strecke bleiben und sich etwas Gutes entwickele.

Frau Lutz möchte den Fokus auf den Aspekt lenken, dass es in den Schulen Schülerinnen und Schüler gebe, die individuelle Bedürfnisse hätten und unterschiedlich gefördert werden

müssten. Ausgehend von den Schülern und Schülerinnen wolle sie die Vielfalt der Förderung und die Vielfalt der Systeme in den Fokus stellen.

Frau Bialowons- Sting thematisiert den Verbleib der Schulleiter der betroffenen Schulen, wenn es zu einer Gesamtschule komme.

Herr Jüngst greift die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen der individuellen Förderung und der Abschulung auf und führt aus, es gebe auch bei großen Systemen die Möglichkeit, dass der einzelne Schüler nach seinen Bedürfnissen gefördert und gefordert werden könne und sich trotzdem wohlfühle. Gesamtschulen seien Schulen für die Sekundarstufe I und auch eine gymnasial orientierte Schulform. Es würden in der Oberstufe Leistungskurse und Fächer angeboten, die stark von der Zahl 19,5 abhängig seien. Unter diesen Wert dürfe bei einer gymnasialen Oberstufe kein Kurs fallen. Diese Zahl bedinge, dass umgerechnet auf die Zügigkeit bei drei Zügen mindestens 6 Leistungskurse angeboten werden müssen. Man komme nicht umhin Deutsch, Mathematik und Englisch anzubieten, weiter sei für das Abitur ein naturwissenschaftlicher und eine gesellschaftswissenschaftlicher Kurs vorgeschrieben. Dann verbleibe ein Leistungskurs, bei dem sich die Schulen unterscheiden können. Je größer die Systeme seien, könne ein vielfältigeres Angebot an Kursen geboten werden. Die IHK verlange gut ausgebildete Schüler und Schülerinnen, hierzu gehörten eine Vielfalt von Fächern unabhängig von der gymnasialen Schulform. Seitens der Gesamtschulen sei man klar für die vierte Gesamtschule, aber es sei ein entscheidendes Kriterium, dass die Politik entscheiden müsse, was mit den Oberstufen passiere.

Zur Kritik der sechs Fraktionen verweist Herr Stahl darauf, die CDU- Fraktion lade üblicherweise Fachpersonal ein, um sich Themen vortragen zu lassen und Fragen stellen zu können. Vor allem den Mitgliedern der GfS als ehemalige CDU- Mitgliedern sei dies bekannt. Vertreter der Verwaltung kämen auf Einladung in die Fraktionssitzungen, was er auch von diesen erwarte. Die Behauptung, man sei besser gestellt, sei unverschämt.

Die Verwaltung habe einen Prüfauftrag erhalten, dessen Ergebnis jetzt vorgelegt worden sei. Die Politik müsse sich jetzt fragen, ob die Anzahl der Oberstufen benötigt werde und ob drei Schulen aufgegeben werden sollten, um eine vierte Gesamtschule zu errichten. Die Achenbacher Schule nehme viele Schüler auf, die verspätet angemeldet würden oder einen speziellen Förderbedarf hätten. Die vorhandene Talentschule sei für die Stadt ein Aushängeschild. Die CDU werde sich mit Schulleitungen, Eltern und Schülern unterhalten, um festzulegen, wie man weitergehen wolle. Den vorgestellten Zeitplan 2023/24 halte er für sehr ambitioniert, auch stehe die Gebäudefrage noch aus. Persönlich sei er kein Freund getrennter Schulen.

Bezüglich des Bestandteils des seinerzeitigen Antrages bittet er noch auf die Beteiligung der Universität einzugehen.

Es gebe eine Kooperation zwischen der Stadt Siegen und der Universität zur Schulentwicklungsplanung (SiNet), die die Zusammenarbeit und Begleitung beinhalte. Die Begleitung des Prozesses unter SiNet werde seitens der Universität als möglich angesehen. Für die konkrete Errichtung und Gründung der Schule und die Betrachtung der angesprochenen Aspekte ste-

he das Netzwerk mit den Kompetenzen an der Universität zur Verfügung, so Herr Dezernent Schmidt.

Herr Henrichs entnimmt der Aussprache, dass man konstruktiv und offen ins Gespräch kommen wolle, auch mit den Schulleitungen und den Pädagogen. Eine so weitreichende Entscheidung über die Gründung einer vierten Gesamtschule sei nicht einfach so möglich, auch wenn der Zeitplan sehr ambitioniert sei. Die Diskussion in einer Ausschusssitzung sei nicht ausreichend und stelle kein konstruktives Gespräch dar. Er thematisiert, anstelle einer weiteren Oberstufe die Zügigkeiten der vorhandenen zu erweitern. Damit würden sowohl die Eltern zufrieden gestellt, die die Gesamtschule gewählt, als auch die Eltern, die sich bewusst für die Realschule entschieden hätten. Jedes System, auch die Hauptschule, habe seine Berechtigung. Schulen müssten hinter ihren Systemen stehen, ansonsten würden Schulen ihre Kompetenzen verlieren. Durch die Schließung der Schulen werde dies passieren.

Er plädiert für eine Beteiligung der Schulen und für eine nicht übereilte Beschlussfassung.

Herr Engelbert schließt sich den Vorrednern an und lädt ein, sich an den Schulen zu informieren. Die Stellungnahmen und Bedenken, die vorgetragen worden seien, würden noch schriftlich an die Fraktionen weitergeleitet.

Positiv sei, dass viele Fragen beantwortet und unterschiedliche Argumente vorgetragen worden seien. Vieles sei aber noch zu klären, so Frau Flohren. Das Thema stehe bereits seit Jahren an, es gehe um Schritte, die seit langem gegangen worden seien und die sich mit den Schulen und den Schülerzahlen entwickelt hätten. Fazit ihrer Ausführungen ist, dass gute und wichtige Argumente vorgetragen worden seien, aber überzeugt worden sei sie mit keinem. Gute Arbeit, Engagement, Schulsozialarbeit, didaktische Arbeit, Inklusion, Leistung von Unterstützungsbedarfen würden an einer Gesamtschule ebenso geleistet. Die Zweifel an der Größe des Systems seien nachvollziehbar, aber auch an den vorhandenen Gesamtschulen bildeten sich aufgrund der Dependancen automatisch kleine Systeme. Sie erkenne derzeit nicht, dass das an Positivem vorgetragene an einer Gesamtschule nicht geleistet werden könne. Alle Abschlüsse seien möglich und zu einer „Abschulung“ müsse es daher nicht kommen.

Herr Kraft stellt fest, man solle die Argumente der konstruktiven Beratung mit in die Fraktionen nehmen und in den nächsten Wochen in den Austausch mit den Beteiligten gehen.

Wenn noch eine weitere Arbeitskreissitzung gewünscht sei, um die offenen Fragen zu diskutieren, so müsse dieser Termin noch abgestimmt werden, so Herr Dezernent Schmidt. In jedem Fall lege die Verwaltung zum Mai eine Vorlage vor. Sollte im Mai kein Beschluss über eine vierte Gesamtschule gefasst werden, müsse man sich zumindest darüber verständigen, wie mit den offenen Fragen und Problemen umgegangen werden solle. Problematisch für den Schulträger sei es, dass weder die Schulaufsicht noch die Politik Lösungen aufzeigten.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht über den Prüfauftrag zur Errichtung einer vierten Gesamtschule zur Kenntnis.*

9. AfSuB 08.03.2022

6. Schulentwicklungsplanung 2022/2023 - 2026/2027 - Schülerzahlenprognose -

Vorlage Nr. VL 815/2022

Zur Frage von Herrn Schloos zur hohen Zahl, die dem Gymnasium Am Löhrtor zugeschrieben werde, führt Frau Uhr aus, dass die Schüler, die ehemals zum PPR verteilt wurden, beim GAL als nächst gelegenem Gymnasium eingeflossen sei. Wie sich die Schülerzahlen tatsächlich entwickeln, bleibe abzuwarten.

Aus den Prognosezahlen könne man keine Schlüsse ziehen, auch im Hinblick auf die Entwicklung aufgrund der neuen Grundschule am Schleifmühlchen bzw. der grundlegenden Veränderung der Schullandschaft bei den weiterführenden Schulen. Die FDP- Fraktion nehme die Schülerzahlenprognose zur Kenntnis, für sie habe diese aber keine langfristige Aussagekraft, so Herr Hörnberger.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt die Analyse der Schülerzahlenprognose für die städtischen Schulen zur Kenntnis.*

9. AfSuB 08.03.2022

7. Umwandlung der Hammerhütter Schule in eine Offene Ganztagsschule im Primarbereich

Vorlage Nr. VL 800/2022

Herr Ising geht kurz auf die Entwicklung der Umwandlung der Hammerhütter Schule in die Offene Ganztagsschule ein und beantwortet die sich im Rahmen der Aussprache ergebende Frage von Herrn Schloos in Zusammenhang mit den Vorstellungen zur Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern.

Die FDP- Fraktion begrüße die Umwandlung der Hammerhütter Schule in eine Offene Ganztagsschule sowie das der Vorlage beigefügte Konzept. Verwaltungstechnisch frage er, ob rechtlich abgesichert sei, dass der Maßnahmeträger im Auswahlprozess ein stichhaltiges und tragfähiges Finanzierungskonzept vorlegen müsse oder müsse der Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt werden, so Herr Hörnberger.

Das formalisierte Verfahren frage vieles im Rahmen der Prüfung ab, insofern sei das Finanzkonzept fester Bestandteil. Die Kerndaten seien klar. Ein entsprechender Beschluss über das Finanzkonzept sei nicht erforderlich, so Herr Dezernent Schmidt.

Man habe sich vor Ort ein Bild machen können und man werde der Vorlage zustimmen, so Herr Wittenburg. Auf seine Nachfrage zum Zeitplan gibt Herr Dezernent Schmidt an, vorgesehen sei der Beginn mit dem Schuljahr 2022/2023.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Hammerhütter Schule zum Schuljahr 2022/2023 in eine Offene Ganztagsgrundschule im Primarbereich umzuwandeln.

Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung(en)

9. AfSuB 08.03.2022

gez. Kraft Vorsitzender	gez. Mockenhaupt Schriftführerin

Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona - Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen

Ausschuss für Schule und Bildung

08. März 2022

SIEGEN PULSIERT

Pandemiebedingte Sonderaufgaben – ohne Zuständigkeit, aber in Verantwortung – des Schulträgers

- Sicherstellung der Transporte der sog. **Lolli-Tests** zu den Laboren
- **Beschaffung von FFP-2-Masken** für die Lehrkräfte und sonstiges Landespersonal an den städtischen Schulen
- **Beschaffung von Masken** für Betreuungskräfte an den städtischen Schulen

Grundschulen und weiterführende Schulen

- Grundlage für den Schulbetrieb sind
  - die **Coronabetreuungsverordnung** (CoronaBetrVO),
  - die **Coronaschutzverordnung** (CoronaSchVO),
  - die Vorgaben des MSB NRW (**Schulmails**)

Schulbetrieb im Schuljahr 2021/2022 – Primarstufe und weiterführende Schulen

Grundsätzlich inzidenzunabhängiger Schulbetrieb in Präsenz

- **Unterricht**
  - Unterricht in Präsenz
  - im Falle personeller Engpässe aufgrund der pandemischen Entwicklung können Schulleitungen nach eigenem Ermessen Entscheidungen über die Unterrichts-gestaltung treffen
    - vorübergehende Anpassung / Reduzierung von Angeboten der äußeren Differenzierung

Schulbetrieb im Schuljahr 2021/2022 – Primarstufe und weiterführende Schulen

Grundsätzlich inzidenzunabhängiger Schulbetrieb in Präsenz

- weitere Entscheidungen über die Unterrichtsgestaltung u.a.
  - vorübergehende, auf ein zeitliches Mindestmaß begrenzte, Unterschreitung der vorgeschriebenen Wochenstundenzahl in einzelnen, möglichst nicht prüfungsrelevanten Fächern zentraler Prüfungsverfahren
  - Verschiebung oder Reduzierung von schriftlichen Leistungsüberprüfungen

Schulbetrieb im Schuljahr 2021/2022 – Primarstufe und weiterführende Schulen

Inzidenzunabhängiger Schulbetrieb in Präsenz

- **Betreuung**
  - Betreuungsangebote sollen möglichst regulär und in der Regel im vollen Umfang durchgeführt werden
  - im Zusammenhang mit pandemiebedingten Entscheidungen zur Unterrichts-gestaltung auch Anpassungen des zeitlichen Umfangs der Ganztags- und Betreuungsangebote
- **Maskenpflicht**
  - Maskenpflicht in den Innenräumen

Schulbetrieb im Schuljahr 2021/2022 – Primarstufe und weiterführende Schulen

Tests

- **Grundschulen**
  - zweimal wöchentliche PCR-Pooltests (sog. Lolli-Tests) inkl. Rückstellproben und Auflösung per PCR-Test
  - ab 26.01.2022 zweimal wöchentliche PCR-Pooltests, Auflösung über Coronaselbsttests
  - ab 28.02.2022 drei Coronaselbsttests pro Woche

Schulbetrieb im Schuljahr 2021/2022 – Primarstufe und weiterführende Schulen

Tests

- **Förderschulen**
  - zweimal wöchentliche PCR-Pooltests (sog. Lolli-Tests) inkl. Rückstellproben und Auflösung per PCR-Test

- **weiterführende Schulen**
  - drei Coronaselbsttests pro Woche

Prüfauftrag zur Errichtung einer 4. Gesamtschule in der Stadt Siegen

SIEGEN
PULSIERT

Prüfauftrag (Beschluss):

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wo in unserer Stadt eine vierte Gesamtschule am besten eingerichtet werden könnte, mit welchen schulorganisatorischen Auswirkungen und Konsequenzen dies verbunden wäre und welche Investitionen in den Gebäudebestand dafür notwendig wären.

Zeitplan potenzielle Errichtung 4. Gesamtschule

Februar	Schülerzahlenprognose 2022/2023 – 2026/2027 Schulträgerberatung Bezirksregierung
März	Information der Schulen Berichterstattung AfSuB Beratung Arbeitskreis Schulentwicklungsplanung (AK SEP)
Mai	Grundsatzbeschluss AfSuB (ggf. vorherige Beratung AK SEP)
Juni	Beteiligung Schulkonferenzen und Nachbarschulträger Einrichtung Arbeitsgruppe zur päd. Konzepterstellung

Zeitplan potenzielle Errichtung 4. Gesamtschule

August	Infoveranstaltungen
September	Beschlussfassung (AfSuB; Rat)
Mitte Oktober	Antrag Bezirksregierung
ab Herbst	weitere Infoveranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit neue Schule
Januar/Februar	Anmeldeverfahren

Aktuelle Situation:

- Weiterhin **hohe Nachfrage nach Gesamtschulplätzen**; auch aus dem Umland; keine schulrechtlichen Möglichkeiten Siegener Kinder prioritär zu bedienen
- Auslaufendes Gymnasium (PPR); **befristete Einrichtung von Zügigkeiten an zwei Gymnasien**
- Hauptschule (Achenbacher Schule) ist stark belastet
- Keine gleichmäßige Verteilung von Inklusion (gemeinsames Lernen) und Integration (Seiteneinsteiger)
- **Mangel an Schulraum**
- **Steigende Schülerzahlen** im Primarbereich, Prüfung der Auswirkungen auf den weiterführenden Bereich (Zügigkeiten)

These:

Die Errichtung einer weiteren, vierten Gesamtschule geht einher mit dem Wechsel vom dreigliedrigen Schulsystem plus Gesamtschule zu einem zweigliedrigen Schulsystem aus Gymnasien und Gesamtschulen.

Haupt- und Realschulen müssten aufgelöst werden.

Ergebnis Prüfauftrag – Schulstandort; erforderliche Investitions- und Baumaßnahmen:

- Kein möglicher Schulstandort erfüllt (allein) die Voraussetzungen für die Errichtung einer weiteren Gesamtschule

- Die Nutzung der Schulstandorte Rosterberg und Achenbach als Teilstandort sind derzeit als bestmögliche Lösung zu betrachten; Standort am Oberen Schloss wird weiter mit geprüft

Ergebnis Prüfauftrag – Schulstandort; erforderliche Investitions- und Baumaßnahmen:

- Sollten nach Errichtung einer weiteren, vierten Gesamtschule die Zügigkeiten erhöht werden müssen, wird das die dann vorhandenen Schulen und Standorte betreffen

Anmeldeverfahren Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien für das Schuljahr 2022/2023

(Stand 07.03.2022)

		Klasse 5																	
		Schüler aus Planungsbereich Siegen					Schüler aus anderen Herkunftsorten												
Schulform Schule	**Schüler** gesamt Klasse 5	Nord	Mitte	Süd	Sonstige*1	Gesamt	Burbach	Freudenberg	Hilchenbach	Kreuztal	Netphen	Neunkirchen	Wilnsdorf	Kreis AK	Kreis OE	Sonstige	Gesamt	**Schuljahr 2020/2021** Anmeldungen zur Klasse 5*2	Ist-Zahlen in Klasse 5*3
Hauptschulen																			
Achenbacher Schule	6	1	2	2	1	6											0	17	21
Gesamt	**6**	**1**	**2**	**2**	**1**	**6**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**17**	**21**
Realschulen																			
Realschule Am Oberen Schloss	73	7	61	1	3	72								1			1	82	79
Realschule Auf der Morgenröthe	39	0	11	19	2	32						2		5			7	49	56
Gesamt	**112**	**7**	**72**	**20**	**5**	**104**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**2**	**0**	**6**	**0**	**0**	**8**	**131**	**135**
Gymnasien																			
Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium	95	63	13	0	11	87		1		4	2					1	8	94	92
Gymnasium Am Löhrtor	114	10	70	2	7	89		21			1		3				25	93	93
Gymnasium Auf der Morgenröthe	86	3	10	47	1	61								24		1	25	70	76
Gesamt	**295**	**76**	**93**	**49**	**19**	**237**	**0**	**22**	**0**	**4**	**3**	**0**	**3**	**24**	**0**	**2**	**58**	**257**	**261**

*1 Kinder mit Wohnort Siegen, aber von Grundschulen der Nachbarkommunen oder anderer Träger, *2 Stand: 29.04.2021, *3 Stand: Schulstatistik 2021/2022

5/4 Schulen Siegen, 09.03.2022

Vorläufige Anmeldezahlen der weiterführenden Siegener Schulen zum Schuljahr 2022/2023

Das Anmeldeverfahren der Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien für das kommende Schuljahr 2022/2023 wurde in den zurückliegenden Wochen durchgeführt.

Für die Achenbacher Schule (Hauptschule) liegen derzeit 6 Anmeldungen vor. Erfahrungsgemäß steigen die Anmeldezahlen der Schule bis zum jeweiligen Schuljahresstart.

Zu den städtischen Realschulen sind 112 Schülerinnen und Schüler angemeldet worden, davon 73 zur Realschule Am Oberen Schloss und 39 zur Realschule Auf der Morgenröthe.

Das Gymnasium Am Löhrtor wird zum kommenden Schuljahr vier Eingangsklassen bilden. Es wurden 114 Schülerinnen und Schüler angemeldet. Für das Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium liegen 95 und für das Gymnasium Auf der Morgenröthe wiederum 86 Anmeldungen vor.

Der Schulträger hat Kontakt zur Schulaufsicht aufgenommen, um mit Blick auf diese vorläufigen Anmeldezahlen erste Abstimmungen zur Eingangsklassenbildung vorzunehmen. Grundsätzlich ist von weiteren Anmeldungen auszugehen, so dass die Eingangsklassen erst zu einem späteren Zeitpunkt verteilt und eingerichtet werden.

Für die städtischen Gymnasien wird sich mit der Abstimmung zur Eingangsklassenbildung auch entscheiden, ob ausschließlich Siegener Kinder sowie Kinder aus Wohnortkommunen ohne eigenes Gymnasium aufgenommen werden oder auch weitere Anmeldungen auswärtiger Kinder bei der Schulplatzvergabe berücksichtigt werden.